

Fraktion SPD/FDP/Ortsteile im Stadtrat der Hansestadt Stendal

Änderungsantrag zur Sitzung des Stadtrates am 06.07.2020

Antrag „Städtepartnerschaft mit Puławy“

Der *Stadtrat Stendal* teilt dem Bürgermeister Paweł Maj und dem Gemeinderat in Puławy die deutliche Distanzierung der Ausrufung einer LGBTIQ-Ideologiefreien Zone“ mit.

Dieser ausgrenzende Beschluss entspricht nicht unserem Verständnis einer europäischen Städtepartnerschaft, die fest auf den Werten der europäischen Grundrechte-Charta stehen sollte. Gleichgeschlechtliche und nicht-heterosexuelle Partnerschaften sind keine Gefahr für eine vielfältige Gesellschaft.

LGBTIQ-Personen in Puławy, die auf Grund der Zonen ausgegrenzt werden, gilt unsere Solidarität.

Die Städtepartnerschaft soll nicht aufgegeben werden. Zivilgesellschaftliche Kontakte z.B. im Sport, in der Kultur oder bei den Rettungsdiensten sollen weiter gepflegt werden.

Begründung:

Seit 2019 haben sich mehrere Regionen und Kommunen in Polen, unter anderem unsere Partnerstadt Puławy zu „LGBTIQ-Ideologiefreien Zonen“ erklärt. LGBTIQ steht als englischer Fachbegriff für homosexuelle (lesbisch/schwul), bi-, trans-, inter- und quersexuelle Lebensweisen.

Durch die Ausrufung der Zonen werden homosexuelle Menschen in Polen noch stärker ausgegrenzt. Bereits heute sind sie massiver gesellschaftlicher Diskriminierung, Gewalt und Hetze ausgesetzt.

Der Beschluss verstößt auch gegen die Wertegemeinschaft der EU, insbesondere gegen Artikel 2 der Europäischen Grundrechtecharta. „Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Das Europäische Parlament hat mit Beschluss vom 18. Dezember 2019 die Ausrufung dieser Zonen deutlich verurteilt.

Europaweit beziehen Partnerstädte Stellung. Die französische Partnerstadt Douai hat die Städtepartnerschaft mit Puławy seit Februar 2020 ausgesetzt.

Soweit möchten wir nicht gehen. Wir möchten aber auch, dass unterschiedliche Auffassungen zu gesellschaftlich relevanten Themen unter Partnerstädten nicht unausgesprochen bleiben und bei hoheitlichen Einladungen angesprochen werden.

Dr. H. Wollmann

Jacob Beuchel